



Presseinformation

Nr. 348/2007

Kiel, Donnerstag, 22. November 2007

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Bildungspolitik/Weiterbildung

Ekkehard Klug: „Weiterbildung kommt eine erhöhte Bedeutung zu“

In der Landtagsdebatte zum Weiterbildungskonzept der Landesregierung (**TOP 30**) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Der Weiterbildung kommt - als „vierter Säule“ des Bildungswesens – ohne Zweifel eine erhöhte Bedeutung zu.

Im neuen Weiterbildungskonzept der Landesregierung ist nicht alles neu. Der Vergleich mit dem entsprechenden Papier der Vorgängerregierung demonstriert – wie ich stichprobenweise feststellen konnte - Segen & Fluch moderner Textverarbeitungssysteme, frei nach dem Motto: „Wir stehen alle auf den Schultern von Giganten“.

Kleine Varianten sind auch nicht uninteressant. Das Papier von 2003 formulierte noch: „Obgleich die Teilnahme an politischer Bildung von weiten Teilen der Bevölkerung als wichtig erachtet wird, ist sie insgesamt gering“.

Im neuen Konzept liest man hingegen die frohe Botschaft: „Die Beteiligung an Veranstaltungen der politischen Bildung liegt in Schleswig-Holstein über dem Bundesdurchschnitt“.

Es ist eben immer interessant, was gesagt wird, was nicht gesagt wird, und wie es gesagt wird!

Ein auch gesellschaftspolitisch wichtiges Thema sind die Angebote zu „Alphabetisierungsmaßnahmen“ sowie Angebote im sogenannten „zweiten Bildungsweg“. Aus Gesprächen mit dem LV der Volkshochschulen ist mir z. B. bekannt, dass die Nachfrage nach Möglichkeiten, den Realschulabschluss nachzuholen, größer ist als das Angebot. Die Volkshochschulen müssen hier – leider - auch Absagen erteilen. Eine bedarfsgerechte Entwicklung und Finanzierung solcher Angebote halten wir Liberale sowohl aus bildungs- wie aus gesellschaftspolitischen Gründen für sehr wichtig.

Wolfgang Kubicki, MdL

Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

Seitens der Volkshochschulen sind wir auch darauf hingewiesen worden, dass es Finanzierungsprobleme für Bildungsmaßnahmen gibt, der Wiedereingliederung insbesondere von Frauen (nach längerer „Familienpause“) in das Berufsleben gebe, weil es hier keinen Förderanspruch durch die Agentur für Arbeit gebe und weil außerdem eine frühere EU-Förderung ausgelaufen sei. Auch in diesem Bereich sollte geprüft werden, wie der zweifellos vorhandene Bedarf künftig besser gedeckt werden kann.

Zur Entwicklung und Neuausrichtung von Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit enthält das neue Weiterbildungskonzept der Landesregierung (S. 45ff.) generell einige z. T. auch sehr kritische Anmerkungen. Diesem Thema sollten wir auch in der Ausschussberatung unsere Aufmerksamkeit widmen.

Die Ministerpräsidenten der Länder haben hier im Übrigen bereits im März Handlungsbedarf in mehreren Punkten festgestellt sowie eine Reihe von Forderungen erhoben; das Weiterbildungskonzept erwähnt dies, legt aber nicht dar, ob aus Sicht der Landesregierung unterdessen die notwendigen Konsequenzen gezogen worden sind. Auch hierzu sollte die Regierung im Ausschuss noch in ausführlicherer Form Rede und Antwort stehen.“